

Bericht

**des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)
gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kathrin Vogler, Susanne Ferschl, Heidi Reichinnek, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke
– Drucksache 20/11427 –**

Gesundheit für alle – Modern, gemeinwohlorientiert und solidarisch

A. Problem

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist nach Ansicht der Antragsteller ein Menschenrecht, das durch die jetzige Ausgestaltung des Gesundheitswesens jedoch gefährdet sei. Die Politik der vergangenen Jahrzehnte habe weite Teile der Gesundheitsversorgung den Prinzipien von Markt und Profit unterworfen. Die Lage vieler Krankenhäuser sei im Spannungsfeld zwischen Investitionsstau und steigenden Kosten inzwischen kritisch. Arzt- und Zahnarztpraxen im ländlichen Raum fänden keine Nachfolger, Frauen müssten weite Wege zurücklegen, um Geburtshilfestationen zu erreichen. Termine bei Fachärzten oder Psychotherapeuten seien nur schwer zu bekommen. Die Wartelisten von Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten würden immer länger. Notwendige Arzneimittel seien immer häufiger nicht verfügbar.

B. Lösung

Die Antragsteller fordern eine umfassende Neuaufstellung des deutschen Gesundheitssystems, um den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu verbessern, eine Entkommerzialisierung zu erreichen, eine wohnortnahe Versorgung auf hohem Niveau gemeinwohlorientiert und solidarisch sicherzustellen, Lieferengpässe von Arzneimitteln abzubauen und die Personalausstattung von Gesundheitseinrichtungen zu verbessern. Insbesondere mit einer solidarischen Gesundheitsversicherung könnten Beiträge gesenkt und Leistungen für alle Bürgerinnen und Bürger verbessert werden.

C. Alternativen

Die Gruppe Die Linke sieht keine Alternative zu ihrem Antrag.

Bericht der Abgeordneten Heike Baehrens

I. Verlangen eines Berichts

Die Gruppe Die Linke hat in der 136. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit am 29. Januar 2025 gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages einen Bericht des Ausschusses für Gesundheit über den Stand der Beratung des Antrags auf Drucksache 20/11427 verlangt. Die Voraussetzungen für eine Berichterstattung liegen vor.

II. Überweisung

Das Plenum des Deutschen Bundestages hat den Antrag auf **Drucksache 20/11427** in seiner 172. Sitzung am 6. Juni 2024 beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen. Außerdem hat er ihn zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Finanzausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen.

III. Beratungsergebnisse der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Beratung des Antrags in seiner 96. Sitzung am 18. Dezember 2024 vertagt. In seiner 100. Sitzung am 29. Januar 2025 hat er mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Gruppe Die Linke bei Stimmenthaltung der Gruppe BSW beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/11427 zu empfehlen.

Der **Finanzausschuss** hat die Beratung des Antrags auf Drucksache 20/11427 in seiner 112. Sitzung am 18. Dezember 2024 und in seiner 113. Sitzung am 29. Januar 2025 vertagt.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Beratung des Antrags auf Drucksache 20/11427 in seiner 93. Sitzung am 18. Dezember 2024 und in seiner 94. Sitzung am 29. Januar 2025 vertagt.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Gesundheit hat in seiner 115. Sitzung am 3. Juli 2024 die Beratungen zu dem Antrag auf Drucksache 20/11427 aufgenommen und beschlossen, eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Die öffentliche Anhörung zu der Vorlage fand in der 133. Sitzung am 4. Dezember 2024 statt. Als sachverständige Organisationen waren eingeladen: Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK), Deutscher Pflegerat (DPR), GKV-Spitzenverband, Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV-Verband). Als Einzelsachverständige waren eingeladen: Prof. Dr. Stefan Greß (Hochschule Fulda), Franz Knieps (BKK Dachverband), Prof. Dr. Matthias Schrappe (Universität Köln). Auf das Protokoll der Anhörung und die als Ausschussdrucksachen verteilten Stellungnahmen wird verwiesen (Ausschussdrucksachen 20(14)241(1-4)).

Der Ausschuss hat die Beratung des Antrags auf Drucksache 20/11427 in seiner 134. Sitzung am 18. Dezember 2024 und in seiner 136. Sitzung am 29. Januar 2025 jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD sowie der Gruppen Die Linke und BSW vertagt.

Berlin, den 29. Januar 2025

Heike Baehrens
Berichterstatlerin